

Stellungnahme

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des **Deutschen Bundestages (15. Wahlperiode)**

vom Mittwoch, 31.3.2004

36. Sitzung

zu der/dem

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2002
(Rüstungsexportbericht 2002)

BT-Drucksache 15/2257

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** empfiehlt:

Kenntnisnahme mit Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss

Stellungnahme

**zum Bericht der Bundesregierung zu den Möglichkeiten der Erhöhung der
Transparenz des Rüstungsexportberichts sowie
zum Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle
Rüstungsgüter im Jahr 2002 (Rüstungsexportbericht 2002)**

Eine restriktive Rüstungsexportpolitik trägt wesentlich zur Konfliktprävention und Friedenssicherung bei und hilft, Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe begrüßt deshalb, dass im Berichtszeitraum die Ausfuhr von Kriegswaffen mit 318,4 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um 13 % zurückgegangen ist und damit einen historischen Tiefstand erreicht hat.

Die Transparenz der Rüstungsexportpolitik hat sich durch ausführlichere Informationen, Vergleichszahlen und graphische Darstellungen erheblich erhöht. Insbesondere die erstmalige Aufschlüsselung der Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen nach Wert, Stückzahl, Ländern und Waffenart dient der Transparenz. Erfreulich ist der Rückgang der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen in Drittländer von 7,43 Mio. auf 4,20 Mio. Euro.

Begrüßt wird auch die Übersetzung des Berichts ins Englische, die künftige Orientierung an den Berichten anderer EU- und NATO-Länder, deren Standards häufig höher sind, sowie die geplante zeitnahe Veröffentlichung des Rüstungsexportberichts 2003.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe bedauert, dass sich der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit noch immer nicht mit dem Rüstungsexportbericht 2001 und der dazu gehörigen Stellungnahme des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe befasst hat. Da nach der Veröffentlichung des neuen Berichts nicht zu erwarten ist, dass dies in einer intensiven Weise noch geschieht, wiederholt der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe einige seiner Forderungen und empfiehlt dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, sie bei der Beschlussempfehlung zu berücksichtigen und auf die Bundesregierung dahin gehend einzuwirken,

1. dass sie vor jeder Entscheidung über den Rüstungsexport in Drittländer sehr sorgfältig die Menschenrechtssituation in diesen Ländern prüft und sich eng an den deutschen Rüstungsexportrichtlinien orientiert;
2. dass die deutschen Kriterien auch bei europäischen und internationalen Rüstungskooperationen mit deutscher Beteiligung eingehalten werden;
3. dass geprüft wird, ob die Genehmigungsvoraussetzungen für sämtliche Rüstungsgüter in Anlehnung an die Regelungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes harmonisiert werden können;
4. dass sie ihre Initiativen zur Begrenzung des Kleinwaffenexports verstärkt, Genehmigungen für den Export in Drittländer weiter einschränkt und insbesondere die Genehmigungspraxis gegenüber Saudi-Arabien überprüft;
5. dass sie den Ausstieg aus Lizenzzulieferungen von Kleinwaffen und Kleinwaffenmunition und diesbezüglichen Produktionsanlagen in Länder außerhalb von NATO und EU einleitet;
6. dass über Hermes-Deckungsentscheidungen für Rüstungsgüter künftig neben den Mitgliedern des Haushalts- und Wirtschaftsausschusses auch die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vertraulich informiert werden;
7. dass der Deutsche Bundestag in besonders sensiblen Fällen bereits vor Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung konsultiert wird;
8. dass die Bundesregierung mit Zielrichtung eines Best-Practice-Berichtes den Rüstungsexportbericht weiterentwickelt und dafür ggfs. die gesetzlichen Grundlagen z.B. im Bundesstatistikgesetz und im Verwaltungsverfahrensgesetz schafft;
9. dass die Bundesregierung künftig für eine möglichst frühzeitige Vorlage der jährlichen Rüstungsexportberichte Sorge trägt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU und Abwesenheit der Fraktion der FDP.

Christa Nickels, MdB
Vorsitzende

An
Herrn Dr. Rainer Wend, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit

im H a u s e

Auswärtiger Ausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung